

nehmen, so wird nur gesagt sein, daß der Richter den Thatbestand ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, festzustellen haben wird. Das wird ausreichen.

Andererseits, meine Herren, stimme ich dem Antrage, den zweiten Absatz zu streichen, durchaus bei. Ich halte den zweiten Absatz nicht etwa für überflüssig, sondern ich halte ihn für positiv gefährlich und schädlich. Wenn Sie nämlich in diesem zweiten Absatz die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit, die wir in verschiedenen Ländern haben — Sie wissen, das gemeine Recht hat es auf zwei Grade gebracht, das preussische Recht auf drei —, aufheben und sagen, es komme nicht darauf an, welcher Grad der Fahrlässigkeit vorliegt, so könnte das sehr leicht dahin verstanden werden, daß auch derjenige Grad, den wir im preussischen Recht culpa levissima nennen, unter allen Umständen ausreichen müsse, um eine Fahrlässigkeit im Sinne des Gesetzes anzunehmen. Allein wir wollen die Frage, ob Fahrlässigkeit vorliegt oder nicht, ganz von den bisherigen particulären Civilgesetzen getrennt halten, und das thun wir nur, wenn wir hier auf diese particulären Civilgesetze gar nicht regardiren, sondern bloß bei dem Begriff der Fahrlässigkeit stehen bleiben. Der Civilrichter wird niemals in der Lage sein, auf jene particulären Rechte zurückgehen zu können, wenn wir ihm aber diese Bestimmung geben, so könnte er in den Irrthum verfallen, die Fahrlässigkeit ebenso weit fassen zu müssen, als die particulären Gesetze es thun, und das wäre gegen unsere Intention.

Vice-Präsident von Bennigsen: Der Herr Bundescommissar hat das Wort.

Bundescommissar Geheimer Ober-Postrath Dr. Dambach: Ich bin mit den Anträgen des Herrn Abgeordneten Meyer ad a, b und c ganz einverstanden.

Was den zweiten Absatz des §. 31. betrifft, so würde ich mit der Tendenz des Herrn Abgeordneten auch vollkommen einverstanden sein, denn wir wollen Beide genau dasselbe. Der Herr Abgeordnete Meyer sowohl, wie die Regierungsvorlage wollen, daß der Richter frei prüft, ob Fahrlässigkeit vorliegt oder nicht. Wenn ich aber vorhin den Herrn Abgeordneten Lasfer richtig verstanden habe, so ist er gerade der Auffassung, daß der Absatz 2 beibehalten werden muß, um den Richter von der Fessel der verschiedenen Grade der culpa zu befreien. Ich glaube, daß nur dann, wenn wir den Absatz 2 beibehalten, der Civilrichter sagen kann: ich brauche mich an einen bestimmten Grad der culpa nicht zu halten, ich stelle nach meiner freien Ueberzeugung fest, ob hier der Thäter überhaupt fahrlässig gehandelt hat oder nicht. Wenn wir den Richter veranlassen könnten, auf die Reichstagsverhandlungen jedesmal zurückzugehen, dann würde er allerdings wissen, was gemeint ist, auch wenn keine positive Bestimmung im Gesetz steht; da wir aber den Richter dazu nicht verpflichten können, so glaube ich, ist der Absatz 2 der Regierungsvorlage nicht entbehrlich.

Vice-Präsident von Bennigsen: Der Abgeordnete Dr. Bähr hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Bähr: Wenn der Herr Bundescommissar erklärt hat, er sei mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten Meyer seiner Tendenz nach einverstanden — ich habe wenigstens so verstanden — so reducirt sich der erste Satz des §. 31. allerdings auf einen wesentlich andern Sinn als er in seiner Fassung zu haben schien.

Ich will deswegen nur noch darüber sprechen, ob wir in diesem beschränkten Sinne und hiernach auch wohl in der Fassung des Herrn Abgeordneten Meyer den §. 31. annehmen sollen oder nicht. Ich würde vorziehen, den ersten Absatz ganz zu streichen, nicht deswegen, weil ich ein Gegner des sogenannten freien Beweisprinzips wäre, — vielmehr erkenne ich dessen Berechtigung an — ich bin nur der Ansicht, daß man ein solches Prinzip nicht beiläufig für den einzelnen Fall einführen soll. Ich will namentlich darauf hinweisen, daß im Civilprozeß dieses Prinzip jedenfalls gewisser Beschränkungen bedarf, was selbst die entschiedensten Vertreter desselben anerkennen. Es wird der Urkundenbeweis immer gewissen Regeln unterworfen bleiben, es wird der Beweis durch Eid immer nach bestimmten Vorschriften sich richten müssen. Ich glaube, daß es Niemandem einfällt, die Grundsätze, die über den Beweis durch Eid bestehen, durch das freie Beweisprinzip durchbrechen zu sollen. Deswegen bedarf dieses Prinzip, wenn es eingeführt wird, einer genauen Begrenzung, und diese ist allerdings zweifelhaft, und bedarf einer positiven Gesetzgebung. Das ist der alleinige Grund, weshalb ich mich nicht bereit erklären kann, den ersten Satz anzunehmen. Wir werden ja nicht mehr allzu lange zu warten haben, bis diese prozessualischen Prinzipien im Norddeutschen Bunde zur Regelung gelangen.

Was den zweiten Absatz betrifft, so will ich mich darüber nur vom Standpunkte des gemeinrechtlichen Juristen erklären, und da halte ich ihn für völlig überflüssig, wenn auch für unschädlich. Ich lege deshalb kein großes Gewicht darauf, ob er gestrichen wird, oder ob er nebst manchem Anderen, was in diesem Gesetze wohl entbehrt werden könnte, stehen bleibt. Die Frage, ob es vom Standpunkte des preussischen Rechts nothwendig, entbehrlich oder schädlich ist, überlasse ich den Herren Vertretern dieses Rechts.

Vice-Präsident von Bennigsen: Es hat sich Niemand weiter zum Worte gemeldet.

Meine Herren! Bei der Abstimmung würden wir uns wohl zunächst schlüssig zu machen haben über das eventuelle Amendement des Abgeordneten Dr. Bähr unter a, b und c zum Absatz 1, und dann je nach dem Ausfall dieser Abstimmung über den Absatz 1 selbst. Ferner hinsichtlich des Absatzes 2 über das eventuelle Amendement des Abgeordneten Dr. Bähr, welches eine andere Fassung vorschlägt. Sollte dieses abgelehnt werden, über die Fassung der Regierungsvorlage, wie sie von der Commission unverändert vorgeschlagen ist. Und endlich um dem prinzipialen Amendement Dr. Bähr gerecht zu werden, würde noch die Abstimmung über den ganzen Paragraphen erforderlich sein, wenn irgend etwas bei der früheren Abstimmung angenommen wird.

Der Abgeordnete Dr. Bähr hat das Wort zur Fragestellung.

Abgeordneter Dr. Bähr: Ich will darauf aufmerksam machen, daß die veränderte Fassung nur eine Redactionsänderung ist, welche nothwendig wird, wenn der erste Absatz des Paragraphen wegfällt; sachlich ist durchaus nichts verändert.

Vice-Präsident von Bennigsen: Ich ersuche also diejenigen Herren, welche eventuell, entsprechend dem Antrage des Dr. Meyer (Thorn), in dem ersten Absätze hinter den Worten „gebunden sein“ das Wort einschalten wollen „Thatbestand“, statt des Wortes „entscheiden“ setzen wollen „festzustellen“, und die Worte „ob“ bis zum Schlusse streichen wollen, sich zu erheben.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit des Hauses.

Dann würde jetzt der Absatz 1 mit dem eben angenommenen Amendement von mir zur Abstimmung zu bringen sein und ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Absatz 1 mit den eben beschlossenen Amendements annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit des Hauses.

Dann würde also bei Absatz 2 der Vorschlag des Abgeordneten Dr. Bähr jetzt nach der Erklärung, die ich eben von ihm gehört habe, keine praktische Bedeutung mehr haben, also nur die Fassung nach dem Commissionärvorschlage, übereinstimmend mit der Regierungsvorlage vorliegen.

Die Verlesung ist wohl nicht erforderlich?

(Nein!)

Diejenigen Herren, welche den Absatz 2 in der vorgeschlagenen Fassung annehmen wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit des Hauses.

Ich bringe jetzt den ganzen Paragraphen, in Absatz 2 unverändert, in Absatz 1 mit den beschlossenen Veränderungen zur Abstimmung, und wenn Sie mir die Vorlesung erlassen —

(Zustimmung)

und dies geschieht, so ersuche ich diejenigen, welche dem §. 31. in dieser Fassung zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit des Hauses.

Wir kommen nun zum §. 32. und den zu demselben gestellten Amendements des Abgeordneten Lasfer Nr. 151, III., und des Abgeordneten Dr. Bähr Nr. 144, II. der Drucksachen.

Der Abgeordnete von Bernuth hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter von Bernuth: Ich bitte die §§. 32. und 33. in der Discussion zu verbinden und natürlich auch den vorher ausgelegten Paragraphen.

Vice-Präsident von Bennigsen: Widerspruch wird nicht dagegen erhoben, wir würden also die Discussion über die §§. 32. und 33. und den vorhin nicht erledigten §. 28. verbinden, sowie über die zu dem §. 28. und §. 32. gestellten bereits mitgetheilten Amendements und das Amendement des Abgeordneten Lasfer, welches unter Nr. 151, III. der Drucksachen Ihnen vorliegt. Die Discussion darüber ist eröffnet.

Der Abgeordnete von Hennig hat das Wort.

Abgeordneter von Hennig: Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, die §§. 32. und 33. zu streichen. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten gesehen — wie das auch einer meiner Freunde mir gestern in einer Privatversammlung sagte — daß dieses Gesetz darin den sibyllinischen Büchern gleicht, daß es, je mehr man davon wegstreicht, desto werthvoller wird. Ich habe nun hier eine Bemerkung zu machen über die Sachverständigenvereine. Meine Herren, die Sachverständigenvereine scheinen mir ganz außerordentlich bedenklich. Ich würde meinerseits gar nichts dagegen haben, daß man hier Sachverständige einsetze, die über die Thatfrage entscheiden, wie Geschworene über die Thatfrage bei Verbrechen; aber Sachverständigenvereine bilden, die Gutachten abgeben, an die sich der Richter kehren kann, respective nicht zu kehren nöthig hat, das scheint mir ganz außerordentlich — wie soll ich sagen? — gegen den Sinn und gegen die Natur der Rechtsprechung zu verstoßen, denn Derjenige, der über die Thatfrage entscheiden soll, der dem Richter, der ja mit den tatsächlichen Verhältnissen nur in wenigen Fällen bekannt sein kann, die eigentliche Belehrung geben soll, muß meiner Ansicht nach auch die Entscheidung haben, sonst ist es gar nicht möglich, daß diese Vereine irgend wie im Stande sein werden, die richtigen Urtheile abzugeben. Ich könnte mich auf die Erfahrung berufen und Ihnen Beispiele anführen, wie wenig die jetzt bestehenden Sachverständigenvereine geeignet